

Abo [Moralisches Dilemma](#)

Schweizer Juden müssen zu Israels Todesstrafe Stellung nehmen

Am Sonntag entscheidet der Schweizerische Israelitische Gemeindebund, ob er das Einführen der Todesstrafe in Israel verurteilen will. Die Zürcher zwingen ihn dazu.



Anja Burri

Publiziert heute um 06:58 Uhr



Sollen sich Schweizer Juden in die israelische Politik einmischen? Die Frage ist umstritten, auch unter den Gläubigen der Synagoge Agudas Achim in Zürich.

Foto: Arnd Wiegmann (AFP)



In Kürze:

- Am Sonntag debattieren die Delegierten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) in Basel über eine Resolution zur Todesstrafe.
- Die Resolution der ICZ kritisiert das israelische Gesetz als Verstoss gegen jüdische Werte.
- Kritiker halten es für falsch, dass der SIG israelische Tagespolitik kommentiert.
- Andere wiederum bemängeln, die Resolution gehe bei weitem nicht weit genug.

Es ist ein Antrag, der zu reden gibt: Am Sonntag diskutieren die Delegierten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG) in Basel, ob sie Israel offiziell für die [Einführung der Todesstrafe](#) für Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten Gebieten kritisieren wollen.

Im [Entwurf der Resolution](#) [↗], über welche die Delegierten des jüdischen Dachverbands abstimmen, heisst es: «Die Beschliessung der Todesstrafe durch die Knesset am 31. März 2026, selektiv bezogen auf die Herkunft, erfüllt die Delegiertenversammlung des SIG mit grosser Sorge.» Damit würden «die Grundwerte des Staates Israel und der Schutz von Minderheiten» untergraben. Die Todesstrafe widerspreche der jüdischen Tradition, das menschliche Leben über alles zu stellen. «Die Delegiertenversammlung des SIG hofft deshalb, dass eine solche drastische Massnahme nicht angewendet wird.»

Die Resolution kommt von der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ), der grössten jüdischen Gemeinde der Schweiz. Deren Präsidentin Noemi van Gelder erklärt, die Idee stamme von ICZ-Delegierten. Nach interner Diskussion hätten sich diese mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Papier der Versammlung des SIG vorzulegen. Sie erwarte in Basel eine engagierte und durchaus kontroverse Diskussion.

Van Gelder gilt als treue Unterstützerin Israels. Ihre Wahl zur ICZ-Präsidentin vor einigen Monaten wurde in jüdischen Kreisen als Richtungswahl für eine stabile proisraelische Haltung interpretiert. Dass aus der eher konservativ geführten ICZ eine solche Resolution kommt, zeigt, dass es rumort in der jüdischen Gemeinschaft. Die Einführung der Todesstrafe stellt viele sonst treue Israel-Unterstützerinnen vor ein moralisches Dilemma.

Gegen die Todesstrafe, aber auch gegen die Resolution

Noch vor einem Jahr sorgte ein anderer Brief, der Kritik an Israel übte, für eine Kontroverse innerhalb der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich. Wie das jüdische Wochenmagazin [«Tachles»](#) ⁷ berichtete, sah sich der damalige Präsident der ICZ gezwungen, ein Schreiben an die Mitglieder zurückzuziehen. Darin hatte er unter anderem die humanitäre Lage in Gaza moniert. Kritiker hatten dem Präsidenten vorgeworfen, er stehe nicht genügend hinter Israel.

Auch über die aktuelle Resolution wird gestritten. ICZ-Mitglied Sacha Wigdorowits, PR-Berater und Betreiber der Informationswebsite «Fokus Israel», sagt: Er sei zwar gegen das neue Gesetz für die Einführung der Todesstrafe. Aber eben auch gegen die Resolution: «Es ist nicht am SIG, sich zu Tagesthemen der israelischen Politik zu äussern.» Das gehöre nicht zu seinen statutarisch festgehaltenen Aufgaben als Dachorganisation der jüdischen Gemeinden in der Schweiz.

Auch Jehuda Spielman, FDP-Gemeinderat und Mitglied der orthodoxen Israelitischen Religionsgesellschaft Zürich, hält die Resolu-

tion für einen «grossen Fehler». «Der SIG sollte sich davor hüten, die Rolle einer moralischen Aufsichtsinstanz über Israel einzunehmen», sagt er. Damit würde in den Augen vieler genau jene Mitverantwortung für israelische Entscheidungen genährt, die den Jüdinnen und Juden ohnehin ständig zu Unrecht zugeschrieben werde.

Kritik an der Resolution kommt aber auch von jenen, denen die Resolution zu wenig weit geht. Guy Bollag vom Verein Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina bezeichnet die Resolution als «mindestens so ungenügend und falsch wie richtig». Richtig sei, dass man die Todesstrafe kritisiere und sich dabei auf die jüdischen Werte beziehe. Falsch hingegen findet Bollag, «dass so vieles nicht gesagt oder sogar stillschweigend toleriert wird».

«Man könnte den Bundesrat dazu auffordern, Druck auf Israel zu machen»

Im ganzen Text würden die Besetzung der Palästinenser und all die damit verbundenen Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen nicht infrage gestellt. «Man müsste doch fragen: Sind jüdische Werte auch kompatibel mit der Unterdrückung eines anderen Volkes?», so Bollag. Es fehle auch der Bezug zur Schweiz: «Man könnte doch die Gelegenheit nutzen und den Bundesrat dazu auffordern, Druck auf Israel zu machen», sagt Bollag. Anders als in vergangenen Jahren wird am Sonntag allerdings kein Bundesrat anwesend sein.

Die Landesregierung hat sich vergangene Woche zum Thema geäussert. In der Antwort auf einen [Vorstoss von SP-Nationalrat Fabian Molina](#) [↗] schreibt sie, die Schweiz lehne die Todesstrafe ab, da diese «mit dem Recht auf Leben und der Menschenwürde unvereinbar ist». Die Schweiz habe Israel ihre Bedenken mehrfach kommuniziert – zuletzt am 7. April, als der zuständige EDA-Diplomat [den israelischen Botschafter](#) zu einem Gespräch getroffen habe.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International fordern vom Bundesrat ein vehementeres Vorgehen wie etwa das Aussetzen

des Freihandelsabkommens Schweiz - Israel, solange schwere Menschenrechtsverletzungen fortbeständen. Eine entsprechende [Petition](#) [↗] wurde von rund 10'000 Personen unterzeichnet.

Der SIG selber äussert sich inhaltlich nicht zur Resolution. Man habe für die traktandierten Geschäfte ausreichend Zeit eingeplant, lässt SIG-Generalsekretär Jonathan Kreutner ausrichten.

NEWSLETTER

Der Morgen

Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Anja Burri ist Tagesleiterin und Inlandredaktorin. Sie schreibt seit 2009 über die Schweizer Politik und ihre Akteurinnen und Akteure. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

180 Kommentare